



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/06333**
Datum: 04.10.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.10.2023 22.11.2023 20.12.2023	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Unterlassen städtischen Handelns zur Förderung illegaler Migration**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat untersagt der Stadtverwaltung jegliches, außerhalb ihres aufgrund übertragener Aufgaben liegendes Engagement, das dazu geeignet ist, illegale Migration in die Stadt Halle zu fördern oder in der Öffentlichkeit und der Welt den Eindruck zu vermitteln, die Stadt Halle unterstütze weiterhin die unkontrollierte Migration nach Deutschland.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Die andauernde illegale Migration seit 2015 hat die Stadt insgesamt in einen Zustand gebracht, der zu inzwischen unlösbaren Problemen geführt hat. Die Jugendkriminalität ist außer Kontrolle, die Bildungseinrichtungen in der Stadt heillos überfordert. Es fehlen finanzielle Mittel und Ressourcen jeglicher Art für eine ausreichende adäquate Jugendarbeit und Integration.

Die Akzeptanz dieser ungesteuerten Migration ist auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt. Die Stadtgesellschaft ist tief gespalten, der gesellschaftliche Frieden ist in Gefahr.

Trotz dieser Rahmenbedingungen hatte die Stadtverwaltung nichts Besseres zu tun, als auf Einladung u.a. des Verbandes der Migrantenorganisationen und der AWO SPI, unter der Geschäftsführung von Frau Jana Paulsen, mit dem Grundsatzreferenten Oliver Paulsen eine Aktion auf dem Marktplatz durchzuführen, bei der 20 mannshohe Papierboote zur Solidarisierung mit der weltweiten Migrationsbewegung gefaltet wurden. Die Teilnahme des Grundsatzreferenten Paulsen, die Rede des Bürgermeisters Geier und die Teilnahme zahlreicher Verwaltungsmitarbeiter ist dazu geeignet, weltweit den Eindruck zu erzeugen, dass die Stadtverwaltung die illegale Migration befürwortet und wünscht. Außerdem sind hier Ressourcen der Stadt an Arbeitszeit und Arbeitskosten missbraucht worden. Diese wären besser zur Lösung der durch die Migration in der Stadt entstandenen Probleme eingesetzt.